

## **ergänzende schriftliche Stellungnahme**

zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen am 13. Februar 2006 in Berlin

zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

### **Entwurf eines Gesetzes zur Förderung ganzjähriger Beschäftigung**

- Drucksache 16/429 -

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie

Nach Hinweisen, dass die Stellungnahme des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie vom 7. Februar 2006 missinterpretiert werden kann, wollen wir nochmals ergänzend Stellung nehmen:

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie rückt nicht von dem u.a. in der Vereinbarung zur Weiterentwicklung der Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft vom 29. Juli 2005 festgeschriebenen Ergebnis der Tarifrunde 2004/2005, welches naturgemäß einen Kompromiss darstellt, ab. Wir weisen darauf hin,

dass der Gesetzgeber die Frage des Erhaltes der Winterausfallgeld-Vorausleistung angestoßen hat. Dieses ist aus unserer Sicht bedenkenswert, zumal der Arbeitnehmerbeitrag zur Umlage in Höhe von 0,8 Prozentpunkten der Bruttolohnsumme entgegen der ursprünglichen Annahme nicht steuer- und abgabenfrei ist. Sollte der Gesetzgeber die Winterausfallgeld-Vorausleistung erhalten, sind zur Umsetzung des Gesetzes weitere Tarifverhandlungen erforderlich.

Berlin, 9. Februar 2006